

Kosovo Force 2022:

Stabilität sichern, Eskalationen abschrecken

Die fortgesetzte Beteiligung der Bundeswehr an KFOR bleibt eine angemessene Ergänzung zu den intensiven diplomatischen Initiativen der Bundesregierung. Seit dem russischen Überfall auf die Ukraine ist Europa dabei verstärkt konfrontiert mit den Bestrebungen Moskaus, den Westbalkan zu einem Spielfeld seiner Auseinandersetzung mit dem Westen zu machen. Einige Akteure vor Ort wollen dies zu ihren Gunsten nutzen. Eine glaubwürdige internationale Militärpräsenz im Kosovo trägt dazu bei, Fehlkalkulationen zu vermeiden, die zu einer gewalttätigen Eskalation führen könnten.

| Mandat, Aufstellung und deutscher Beitrag zu KFOR

Völkerrechtliche Grundlage der NATO-geführten *Kosovo Force* (KFOR) ist unverändert UN-Resolution 1244 vom 10. Juni 1999. Sie schuf sowohl eine zivile (UNMIK) als auch eine militärische (KFOR) internationale Präsenz im Kosovo. Im Gegensatz zu vielen anderen Mandaten verlängert sich dieses automatisch, wenn der Sicherheitsrat nicht anders entscheidet. Zentrale Aufgabe der KFOR bleibt es, ein sicheres Umfeld im Kosovo und die Bewegungsfreiheit der Bevölkerung zu gewährleisten.

Die Truppenstärke liegt bei 3.700 Soldaten und Soldatinnen aus 28 NATO- und acht Nicht-NATO-Staaten ([Stand](#): Januar 2022). Größte Truppensteller sind Italien (638), die USA (635), Ungarn (469), die Türkei (309) und Österreich (240). Aus der Nachbarschaft stellt Kroatien mit 134 Kräften die meisten Kräfte. KFOR steht unter dem Befehl des ungarischen Generalmajors Ferenc Kajári.

Gegenwärtig sind rund 70 Angehörige der Bundeswehr dauerhaft im KFOR-Einsatz. Sie dienen im KFOR-Hauptquartier, in der Aufklärung, der Einsatzunterstützung sowie in der Beratung der einheimischen *Kosovo Security Force*. Die anstehende Mandatsverlängerung sieht vor, die vom Deutschen Bundestag mandatierte Obergrenze von 400 Einsatzkräften unverändert beizubehalten. Dabei liegt das veranschlagte Budget mit €7 Millionen deutlich unter den €14,1 Millionen des Vorjahres.

| Kosovo und Serbien: Scharfe Töne statt Dialog

Die internationalen Anstrengungen um den Dialog zwischen Belgrad und Prishtina haben im letzten Jahr deutlich zugenommen. Die Federführung liegt beim EU-Sonderbeauftragten Miroslav Lajčák, der durch die neuen Sondergesandten der USA, Gabriel Escobar, und Großbritanniens, Stuart Peach, flankiert wird. Die deutsche Bundesregierung betreibt eine intensive, hochrangige bilaterale Diplomatie. In den letzten Monaten haben Außenministerin Annalena Baerbock und Bundeskanzler Olaf Scholz die beiden Hauptstädte besucht, weitere Gespräche auf Ministerebene fanden in Berlin statt.

Unverändert zielt der von der EU moderierte Dialog auf ein umfassendes, bindendes Abkommen, das die Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien normalisiert und ihnen die weitere europäische Integration ermöglicht. Trotz aller diplomatischen Bemühungen sind keine substantiellen Fortschritte zu verzeichnen. Im Gegenteil: Der Ton ist in vielen Bereichen rauer geworden. Sowohl Kosovos Premier Albin Kurti als auch der wiedergewählte serbische Präsident Aleksandar Vučić zeigen wenig Kompromissbereitschaft, weil sie sich innenpolitisch mehr Gewinn davon versprechen, auf dem Status Quo zu beharren. Hier wirken auch noch die fatalen Signale der Trump-Administration nach, die ein US-Einverständnis mit einem Gebietstausch angezeigt hatte, um eine politische Lösung zu erreichen.

Premierminister Kurti erklärte kurz nach seinem Amtsantritt im März 2021, seine Regierung sähe den Dialog nicht als oberste Priorität. Seine Regierung möchte auch die bisherige Politik der kleinen Schritte, bei denen zu Einzelproblemen Einigung erzielt wurde, nicht weiter verfolgen. Vielmehr setzt sie auf eine Paketlösung aller Probleme, in der nichts vereinbart ist, bevor alles vereinbart ist.

Präsident Vučić dagegen betont ein ums andere Mal, eine Anerkennung Kosovos käme nicht in Frage – zuletzt beim Besuch von Bundeskanzler Scholz am 10. Juni. Vor allem besteht er auf der Gründung eines Verbands der serbischen Gemeinden im Kosovo, der 2015 vereinbart, vom kosovarischen Verfassungsgericht aber als verfassungswidrig erklärt wurde. Die Regierung Kurti mauert hier. Angesichts der serbischen Sezessionsbestrebungen in Bosnien und Herzegowina befürchtet sie, der Verband könne sich als trojanisches Pferd erweisen, das zur Destabilisierung Kosovos führt.

| Militärische Drohgebärden, russischer Einfluss

Serbien strebt eine EU-Mitgliedschaft an, setzt aber gleichzeitig auf eine enge politische und militärische Kooperation mit Russland und China. So hat das Land seine Streitkräfte unter anderem mit russischen und chinesischen Luftabwehrsystemen, russischen Kampffjets und chinesischen Drohnen ausgerüstet und führt diese Anschaffungen auch öffentlich vor. Serbien beteiligt sich auch nicht an den EU-Sanktionen, die aufgrund des Überfalls auf die Ukraine gegen Russland verhängt wurden. Vielmehr setzt Serbien in der Kosovo-Frage weiterhin auf den Schulterchluss mit Moskau und dessen Vetorecht im Sicherheitsrat. Dies alles wirft Zweifel an den Bekundungen zur europäischen Orientierung Serbiens auf.

Großes Aufsehen erregte die militärische Machtdemonstration Serbiens an Kosovos Nordgrenze im September 2021. Auslöser war ein Beschluss der Regierung Kurti, mit dem Auslaufen einer Übergangsvereinbarung die Benutzung der offiziellen Nummernschilder der Republik Kosovo („RKS“) für alle inländischen Fahrzeuge verpflichtend zu machen. Außerdem sollten die Kennzeichen serbischer Fahrzeuge bei der Einreise abgedeckt werden – ganz im Sinne von Kurtis Ansatz der „Reziprozität“, da Serbien Fahrzeuge mit RKS-Kennzeichen nicht einreisen lässt. Um den Beschluss durchzusetzen, wurden Sondereinheiten der kosovarischen Polizei an die Grenzübergänge im Norden entsandt. Dies löste Proteste der dortigen Serben aus. Sie errichteten Straßensperren und attackierten Kfz-Zulassungsstellen.

Die serbische Regierung reagierte darauf, indem sie ihre Truppen in Grenznähe in Alarmbereitschaft versetzte. Demonstrativ überflogen Kampffjets die Grenzregion und der Verteidigungsminister führte einen Truppenbesuch gemeinsam mit dem russischen Botschafter in Belgrad durch.

| Fazit: Diplomatie weiter robust flankieren

Die zunehmenden Spannungen bewegten Kosovos Außenministerin, Donika Gërvalla-Schwarz, schon im November 2021 zu einer Erklärung, die Kriegsgefahr sei in der Region so groß wie seit 20 Jahren nicht mehr – eine Einschätzung, die durchaus ernst genommen werden sollte. Den russischen Aktivitäten in der Region gilt seit dem Überfall auf die Ukraine besondere Aufmerksamkeit.

Umso wichtiger ist es, dass KFOR in diesem besonders gespannten Umfeld für die europäische Sicherheit weiterhin präsent ist und damit einerseits Ängste beruhigt, andererseits Fehlkalkulationen vermeidet, die zu Eskalationen führen könnten.

Angesichts der hervorgehobenen deutschen diplomatischen Rolle ist auch die Beteiligung der Bundeswehr nicht nur operativ, sondern auch als politisches Signal von großer Bedeutung.